

Bildungspolitik

BERND JANSSEN

Europäische Bildungspolitik folgt den Konjunkturen der allgemeinen Europapolitik und sie folgt deren Gravitationszentren: Zur Zeit bietet die EG das Bild eines in sich gekehrten, im inneren Dialog versenkten und mit äußeren Einflüssen befaßten Protagonisten, der sich nur schwer und unwillig zu einer außengewendeten, ausgreifenden, öffentlich wahrnehmbaren Politik aktivieren läßt. Der Europarat dagegen erscheint nun als wiederbelebtes Zentrum allgemeiner Europapolitik, wiederbelebt gerade durch die Öffnung des früheren Ostblocks, auf die der Europarat mit seinem Instrumentarium der intergouvernementalen Zusammenarbeit unverbindlicher und damit auch angemessener reagieren kann.

Konjunkturen und Zentren europäischer Bildungspolitik

Analog zum allgemeinen politischen Bild erscheint die europäische Bildungspolitik zur Zeit: Im EG-Rahmen ist der Schwung der Vorjahre erlahmt. Existierendes und Bewährtes, wie die Hochschulaktivitäten im Rahmen von Erasmus II oder COMETT II, wird weitergeführt und durchaus auch ausgebaut, vorausgesetzt es ist nicht politisch kontrovers. Initiativen aus den Vorjahren aber, wie der Schul- und Klassenaustausch, von Delors selbst angekündigt als 'Classes 92', oder die Zusammenfassung der Aktivitäten und Programme im Bildungsbereich in einem kohärenten Konzept und in einer durchschaubaren Struktur bewegen sich zäh im inneren Kreis der "Zuständigen"¹. Die Zeitpläne der mittelfristigen Planung und des Jahresarbeitsprogrammes sind ins Rutschen gekommen, die Planungssicherheit ist gering. Man spricht in der Kommission inzwischen von 1993 als dem Datum, für das weiterführende Entscheidungen zu Konzept und Struktur zu erwarten sind, da dann die allgemeine Bildungspolitik durch die Vertragsrevision endgültig im EG-Kanon festgeschrieben sei.

Anders der Europarat: Die "Revitalisierung" hat hier auch den Bildungsbereich erfaßt. Das Ministerkomitee als oberstes Gremium entscheidet über Budgetfragen und Programme. Für den Bereich Bildung und Kultur – unter wiederholter Betonung des untrennbaren Zusammenhangs beider Bereiche – hat es den Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) aus Beamten der Außen- und Kulturministerien der Signatarstaaten der Kulturkonvention zur Seite. 1990 wurde eine Strukturreform im Rahmen des CDCC durchgeführt, die ihn von Detailarbeit entlasten und die Abläufe verbessern und beschleunigen sollte. Seitdem arbeiten dem CDCC ein Bildungsausschuß, ein Hochschulausschuß, ein Kulturausschuß und ein Ausschuß für das kulturelle Erbe zu, deren Sekretariat – einschließlich

der Ständigen Konferenz für Hochschulfragen und der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister – durch die Beamten des Europarates wahrgenommen wird. Hierfür gibt es die Abteilung für Bildung, Kultur und Sport mit den Unterabteilungen: Allgemeine Aufgaben und CDCC, Kultur, Sport und Bildung; letztere unterteilt in die Referate Schule und Erwachsenenbildung, Hochschule, Fremdsprachenunterricht, Bildungsforschung und Sekretariat der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister. Hand in Hand mit der Reform ging eine erhebliche Steigerung im Haushalt: waren es 1989 noch ca. 12 Mio. FF für den "Kulturfonds", so sieht der Haushaltsplan für 1991 18,5 Mio. FF vor.

Europäisches in europäischer Bildung

Bei weitgehender Gleichheit ergeben sich häufig Phasenverschiebungen in dem Aufgreifen der Themen, die in der bildungspolitischen Arbeit des Europarates und der EG behandelt werden. Der Europarat hatte in den ersten beiden Jahrzehnten fast jedes Thema von Bedeutung in der Bildung in irgendeiner Form schon einmal angesprochen, und so übernahm etwa in den 70er Jahren die Gemeinschaft Themen, die im Rahmen des Europarates bereits "vorgedacht" waren, und bearbeitete sie mit ihrem deutlich anderen Ansatz (und Methoden) noch einmal und im allgemeinen weiter- und tiefergehend. Später kehrte sich das Verhältnis um: Der Europarat folgte dem Themenkatalog der EG und griff seinerseits diese Themen mit seinem Instrumentarium und für den mittlerweile erheblich größeren Kreis der jetzt involvierten 28 Signatarstaaten der Kulturkonvention des Europarates auf.

So sind jetzt im Rahmen der Bildungsprojekte des CDCC zu dem bereits seit 1989 – mit thematischen Anklängen an das LINGUA-Programm der EG – laufenden Projekt "Language Learning for European Citizenship", das zwei frühere Projekte aufgreift und alles mit Sprachunterricht und nichts mit dessen Beitrag zur Ausbildung eines europäischen Bürgerbewußtseins zu tun hat, zwei weitere 'Mayor projects' hinzugekommen: "Open and Long Distance Teaching" – Open University bei der EG – und "A Secondary Education for Europe".

"Mayor Projects" sind die etablierte Arbeitsform des CDCC für die intensivere Bearbeitung von Themen. Sie sind in der Regel fünfjährig angelegt, bringen Regierungsverantwortliche und Experten in Projektgruppen und Fachkonferenzen zusammen und münden schließlich in Empfehlungen, Modelle und Publikationen. Dagegen ist die "große" Arbeitsform der EG im Bildungsbereich, das "Programm", in der Regel dreijährig angelegt, auf Aktivitäten bei minimalen inhaltlichen Vorgaben ausgerichtet und in finanzielle Förderung für die betroffenen Gruppen mündend. So gesehen bedeutet die Themengleichheit bei Europarat und EG keineswegs "Doppelarbeit", – die im übrigen gerade im Bildungsbereich unter Umständen gar nicht oft genug mit immer neuen Beteiligten initiiert werden kann –, sondern eine durchaus sinnvolle wechselseitige Ergänzung. Zugleich wird ein weiterer, nach wie vor wesentlicher Unterschied in der Art der Behandlung

der Materie deutlich: Im Rahmen der EG-Bildungspolitik wachen einige Mitgliedstaaten eifersüchtig darüber, daß auf keinen Fall das allgemeine Schulwesen tangiert wird, sondern nur die vertragskonforme Berufsbildung. Dagegen liegt beim CDCC das Schwergewicht geradezu auf dem allgemeinen staatlichen Bildungssektor, da bei der rechtlichen Unverbindlichkeit der Europaratsergebnisse ein "Hineinregieren" in eine nationale Domäne nicht befürchtet werden muß.

Am Projekt "Language Learning for European Citizenship" und am Projekt "A Secondary Education for Europe", das an das EG-Thema der "Europäischen Dimension im Bildungswesen"² anknüpft, läßt sich ein weiteres Problem der europäischen Bildungspolitik greifen: das Europäische an der europäischen Bildung. Ursprünglich sollte das Projekt ähnlich dezidiert wie die entsprechende EG-Entschießung den Beitrag des Bildungswesens zur Entwicklung eines europäischen Bewußtseins bei Schülern und Lehrern aufarbeiten. In der Diskussion des Projektvorschlages kam dann wieder die altgewohnte Interpretation europäischer Bildung zum Tragen, die die Bildung in Europa in den Worten des Projektes "... befaßt mit Sekundarstufenunterricht, um den Weg zu öffnen zu Reflexion, Kooperation und Austausch über gemeinsame Probleme bei den Zielen des Sekundarstufenunterrichts, bei den Curricula, dem Inhalt und den Methoden, der Evaluation und den Abschlüssen."

Zum erstenmal aber läßt man es nicht bei dieser Interpretation als kleinsten gemeinsamen Nenner in Einheit bewenden, sondern hat – quasi als 'dissenting opinion' – ein eigenes 'Unterprojekt' "European identity in secondary education (IDEES)" eingefügt, das nun tatsächlich den Gehalt der "Europäischen Dimension im Bildungswesen" praktisch aufgreift und eine Analyse des momentanen Stellenwertes des sich einigenden Europa in den Curricula ebenso enthält wie die Darstellung von bereits bewährten oder zu entwickelnden unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Aktivitäten, einschließlich des Schüleraustausches, als Beitrag der Sekundarstufe zu einer europäischen Bewußtseinsbildung bei den Schülern; also genau die Umsetzung dessen, was auf der EG-Ebene bereits 1988 angelegt war, dort aber nach wie vor weitestgehend brachliegt³.

Laufende Geschäfte⁴

Für die EG standen im Bereich der allgemeinen Bildung, der "Kooperation im Bildungswesen" u. a. die Eingliederung Behinderter in die Schule und die Chancengleichheit von Jungen und Mädchen und ihre Berücksichtigung in der Lehrerbildung auf der Tagesordnung⁵ sowie Fragen des Informationsaustausches im Bildungsbereich, die Bewertung der Bildungssysteme und die Rolle des Erziehungswesens bei der Drogenbekämpfung⁶. In Anbetracht der allgemeinen europapolitischen Situation konzentriert sich die EG allerdings zur Zeit weitgehend auf den Kernbereich ihrer Bildungspolitik, die berufliche Bildung, und setzt hier die Arbeit der Vorjahre fort: Änderungen im Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwerbsleben (PETRA), in das jetzt auch das Austauschprogramm für junge Arbeitnehmer

(unter Ausklammerung arbeitsloser Jugendlicher) eingeschlossen werden soll⁷, eine Lösung, die von einigen Mitgliedstaaten heftig bestritten wird; die Frage der Entsprechung der beruflichen Befähigungsnachweise und ihrer weiteren Behandlung⁸; schließlich die Verabschiedung des von 1991 bis 1994 laufenden Aktionsprogrammes der EG zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FORCE), das seinen Schwerpunkt weniger auf Gemeinschaftsebene als in den Mitgliedstaaten hat und mit 24 Mio. ECU für die ersten zwei Jahre dotiert ist⁹; daneben sind das Programm EUROTECNET II zur Förderung von Innovationen in der beruflichen Bildung in der Folge des technologischen Wandels in der EG und die Aktionen im Zusammenhang mit TEMPUS, der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern, angelaufen. Bleibt festzustellen, daß der Gesamtbereich allgemeine und berufliche Bildung und Jugendpolitik 1990 mit rund 150 Mio. ECU im EG-Haushalt stand, was etwa 0,27% des Gesamthaushaltes entspricht und daß der vom Volumen her bei weitem überwiegende Teil von Politik und Aktion zur Berufsbefähigung Jugendlicher unter dem Sozialfonds im Rahmen operationeller nationaler Programme läuft, der unter den Zielen 3 und 4: "Langzeitarbeitslosigkeit und berufliche Eingliederung Jugendlicher" 1.391 Mio. ECU, also etwa das neunfache, ausweist.

Anmerkungen

- 1 Memorandum der Kommission über die Rationalisierung und Koordinierung von Berufsbildungsprogrammen auf Gemeinschaftsebene, KOM (90) 334.
- 2 Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen v. 24. 5. 1988, (88/C 177/02); Council of Europe, Parliamentary Assembly, Recommendation No. 1111 (1989) on "The European dimension in education".
- 3 Council of Europe, Secondary education for Europe, DECS/SE/Sec (91) 1 = CDCC-ED (91) 12.
- 4 Einen detaillierten Überblick über die Aktivitäten der EG im Bildungsbereich gibt die im Dezember 1990 erstmals mit einer Nullnummer erschiene Zeitschrift "Allgemeine und berufliche Bildung", herausgegeben von der Task-Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend der EG-Kommission in Brüssel.
- 5 Sitzung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen v. 31. 5. 1990.
- 6 Sitzung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen v. 6. 12. 1990.
- 7 Vorschlag der Kommission an den Rat v. 10. 10. 1990, KOM (90) 467.
- 8 Zwischenbericht der Kommission v. 1. 6. 1990, KOM (90) 225.
- 9 Beschluß des Rates v. 29. 5. 1990, 90/267/EW.

Weiterführende Literatur

- Treuheit, Werner/Janssen, Bernd/Otten, Hendrik: Bildung für Europa. Reihe Europäische Bildung Bd. 9. Bonn 1990.
- Zentrum für Europäische Bildung (Hrsg.): Die Europäische Dimension in Unterricht und Erziehung. Reihe Europäische Bildung Bd. 10. Bonn 1990.